

## Wie ein Bürgermeister 1,5 Millionen DM verzockte

Von Gert Eiben

„Eine unfassbare Nachricht“<sup>1</sup>, „eine Schicksalsstunde für die Stadt“<sup>2</sup>. So titeln am 7. Mai 1965 die Zeitungen in Marl. Tags zuvor ist Rudi Heiland gestorben, 54 Jahre alt und 19 Jahre lang Bürgermeister von Marl. Ein Beben geht durch die Stadt: Wie soll es weitergehen<sup>3</sup> ohne diesen übermächtigen Politiker? Einige Wochen später geht ein zweites Beben durch die Stadt: Der Supermann hatte 1,5 Millionen DM städtische Gelder verzockt! Sofort wird das trauerumflorte Bild Heilands aus dem Bürgermeisterzimmer entfernt<sup>4</sup>. Der Kämmerer wird mit einem Disziplinarverfahren überzogen, die Heiland-Erben verklagt und zwei der vier Rathaustürme nicht mehr gebaut<sup>5</sup>. Der Schock sitzt so tief, dass es bis heute, 50 Jahre nach seinem Tod, keine öffentliche Würdigung für Rudi Heiland gibt.

Die Geschichte der Stadt Marl nimmt ihre Wende am 22. Juni 1965, sieben Wochen nach dem Tode Heilands. Eine Mitarbeiterin der Amtskasse öffnet die Post und erfährt, dass ein Scheck der Investitions- und Handelsbank in Frankfurt über 50.000 DM von der Bank für Gemeinwirtschaft in Marl-Hüls nicht eingelöst wird. Das Konto ist nicht gedeckt. Weil ihr Chef, Kämmerer Dr. Martin Seyfert, in Urlaub ist, informiert sie tags darauf den Amtsdirektor Hans Oehler.<sup>6</sup> Der fällt aus allen Wolken. Der Skandal ist da. Am 5. Juli fährt Hans Oehler mit dem neuen Bürgermeister Dr. Ernst Immel und einem Direktor der Stadtparkasse nach Berlin, um dort Licht in das Finanzgeschäft zu bringen. In der Hardenbergstraße 7, dem Sitz der Handels-Kredit AG, wollen sie mit Dr. Heribert Froechte reden. Die Räume sind weitestgehend leer.<sup>7</sup> Zurück im Marler Rathaus wird als erstes das Bild von Heiland von der Wand genommen.<sup>8</sup>

Das Bild vom brillanten Baumeister einer schwerreichen, zukunftsweisenden Stadt ist zerstört. Heiland hatte im Laufe der Jahre die Verwaltung zum ausführenden Organ seiner Pläne degradiert<sup>9</sup>. Deshalb ist es gar nicht ungewöhnlich, dass die Amtskasse Marl Ende 1961 ein Festgeldkonto bei der Handels-Kredit AG in Berlin eröffnet. Argument des Bürgermeisters: Man wolle der Berliner Wirtschaft eine Hilfe geben. Insgesamt fließen auf das Festgeldkonto Nr. 2954 in Berlin<sup>10</sup> 1,5 Millionen DM. Die Aktion ist eine gewaltige Fehleinschätzung des Bürgermeisters.

Alles beginnt damit, dass Rudi Heiland über die Frankfurter SPD den Kontakt zu dem Finanzmakler Dr. Heribert Froechte bekommt<sup>11</sup>. Froechte betreibt in den 50er Jahren Kinos in Frankfurt, betätigt sich in wirtschaftlichen Unternehmen der verschiedensten Art<sup>12,13</sup>. Dazu gehört auch die Beteiligung an der Handels-Kredit AG. Sie wirbt für sich als „Kreditmakler auf allen Finanz-Gebieten“, der „festbesoldeten Beamten“ langfristige Darlehn ab DM 5000 zu günstigen Bedingungen anbietet.<sup>14</sup> Jahresabschlüsse hat die Firma nie veröffentlicht. Gegen Froechte hat sie im Jahr 1962 Forderungen in Höhe von mehr als 600.000 DM stellt sich später heraus<sup>15</sup>. Dem Wirtschaftsprüfer gegenüber erklärt Froechte dazu lediglich, seine Verhältnisse seien geordnet. Zahlen gibt er nicht heraus.<sup>16</sup>

Froechte will mit Marl das große Rad drehen. Das Geld aus der neureichen Stadt braucht er dringend, um seine Schuldenlöcher zu stopfen. Froechte empfiehlt dem Marler Bürgermeister, die Finanzvorteile Berlins zu nutzen und seiner AG das Geld zu geben.<sup>17</sup> Anfang 1962 macht Heiland in seinem Dienstzimmer den Finanzmakler mit dem Kämmerer Dr. Seyfert bekannt.<sup>18</sup>

Der Kämmerer ist skeptisch. Er fragt den Sparkassendirektor Werner Humpert, ob der wohl im Bankwege Erkundigungen über die AG einholen könnte. Humpert ist CDU-Ratsmitglied. Er schlägt den Wunsch wenige Tage später aus und erzählt alles dem SPD-Bürgermeister. Daraufhin staucht Heiland den Kämmerer (der seit 1956 auch Vertreter des Amtsdirektors ist) zusammen: Er verbitte sich solche Nachforschungen hinter seinem Rücken, dadurch würden sein Ansehen und seine Glaubwürdigkeit geschädigt. Es bestehe kein Anlass solche Anfragen zu halten.<sup>19</sup>

Also tut Seyfert, wie ihm geheißen. Er denkt, es handle sich bei der Handels-Kredit AG um eine Bank und verlagert auftragsgemäß die Barbestände nach Berlin. Ein schwerer Fehler, wie sich herausstellt. Dem Kämmerer hätte auffallen müssen, dass die Firma nicht das Wort „Bank“ im Namen trägt und tatsächlich auch keine Bank ist.<sup>20</sup> Das wird man später zum Vorwurf machen („grob pflichtwidriges Verhalten“<sup>21</sup>). Auf eine Bank hätte er die Barbestände Marls überweisen dürfen, nicht aber als Darlehn an irgendeine Firma<sup>22</sup>.

Als Beamten für das Amt Marl steht dem Kämmerer das Kassenanordnungsrecht zu<sup>23</sup>, er muss niemanden fragen. Also überweist er in sechs Tranchen zwischen dem 27. März 1962 und dem 23. April 1963 genau 1,5 Millionen DM. Dafür gibt es zwischen 3,5 und 7,5 Prozent Zinsen. Mal für 180 Tage (zweimal verlängert), mal für drei Jahren (eine halbe Million Anfang 1963). Weil das ganze unübersichtlich ist, wird am 1. Juli 1963 alles zusammengefasst: 1,5 Millionen DM für drei Jahre zu 7,5 Prozent Zinsen.<sup>24</sup> Ein bemerkenswert hoher Zinssatz.<sup>25</sup>

Das Geschäft entwickelt sich aus Marler Sicht prächtig. Bis zum 31. März 1965 werden die Zinsen von 229.939,60 DM pünktlich überwiesen<sup>26</sup>. Der nächste Zinsbetrag ist am 31. Dezember fällig. Doch so weit kommt es nicht mehr.<sup>27</sup>

Zwischenzeitlich tauchen in Marl Zweifel auf. Das Rechnungsprüfungsamt legt am 31. März 1964 die Prüfung für das Rechnungsjahr 1962 vor und stellt unter der Ziffer (E 20) fest, dass abweichend von der bisherigen Übung erstmals bei einem privaten Finanzinstitut Festgeld angelegt worden sei. Ja es sei sogar von einem Darlehn die Rede. Das wird beanstandet. Außerdem hätte der Rat darüber unterrichtet werden müssen, das sei „bindende Vorschrift“.<sup>28</sup> Zwei Wochen später befasst sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit dem Bericht. Im Protokoll heißt es dazu, es habe sich dazu „eine rege Aussprache“ ergeben. Der Kämmerer verteidigt sein Handeln, die Ausschussvorsitzende Maria Jacobi (CDU) widerspricht. Sie sehe in der Geldanlage eine auf Gewinnstreben ausgerichtete, wirtschaftliche Betätigung, die einer Gemeinde nicht zukomme. Die SPD sieht das anders. „Insofern waren die Auffassungen geteilt“, heißt es im Protokoll.<sup>29</sup> Trotz der Bedenken empfiehlt der Ausschuss eine Entlastung, dem der Haupt und Finanzausschuss am 24. August 1964 und der Rat am 28. August unter Vorsitz von Bürgermeister Heiland nachkommt.<sup>30</sup>

Dass das Marler Geld verloren ist, ist für Rudi Heiland Mitte April 1965 sicher. Sofort versucht er, zumindest den öffentlichen Skandal zu vermeiden. Er zieht Jupp Overbeck ins Vertrauen, seinen neuen Schwager (Heiland hatte in zweiter Ehe dessen Schwester Paula „Päule“ Overbeck geheiratet). Der ist damals nämlich Aufsichtsratsvorsitzender der Volksbank Marl und nimmt Kontakt zum Vorstandsvorsitzenden auf. Doch dem Vorstand ist die Sache zu unsicher, er lehnt es ab, 1,5 Millionen DM bereitzustellen.

Wie soll es weitergehen? Rudi Heiland macht kurzzeitig Urlaub in Winterberg im Sauerland. Dort überwältigt ihn der Stress, er erleidet er einen Herzinfarkt. Offiziell ist von einer doppelseitigen Lungenentzündung die Rede<sup>31</sup>. Zur Behandlung geht es ins Knappschafts-Krankenhaus nach Recklinghausen und nicht zur Paracelsus-Klinik in Marl, die auf Heilands Initiative hin gebaut worden war und als modernstes Krankenhaus Europas gilt. Offiziell heißt es, dass er mit dem Chefarzt der Inneren Abteilung des Knappschafts-Krankenhauses Privatdozent Dr. Max Carstens lange bekannt war (Spezialist für die Entstehung berufsbedingter Lungenkrankheiten von Bergleuten)<sup>32</sup>. Nach der Todesursache befragt, habe er „vielsagend“ geschwiegen, schreibt die WAZ am 7. Mai.<sup>33</sup> Glücklicherweise ist sicher auch, dass mit dem räumlichen Abstand zwischen Marl und Recklinghausen auch die Chance wächst, dass die Öffentlichkeit nicht die wahre Krankheit erfährt und nicht über die Ursachen des plötzlichen Herzinfarktes spekulieren kann. Denn allgemein gilt Heiland als kerngesund. Er kann Stress machen und hat Schaffens-Kraft ohne Ende.<sup>34</sup>

Während Heiland in Recklinghausen auf eine Genesung hofft und nichts weiter machen kann, wird es im Marler Rathaus eng. Die Formalien laufen weiter. Am 26. April wendet sich die Amtskasse Marl schriftlich an die Handels Kredit AG und bittet, die am 1. Mai 1965 zur Rückzahlung fälligen 50.000 DM mit den bisher aufgelaufenen Zinsen auf ein Konto der Amtskasse Marl bei der Bank für Gemeinwirtschaft zu überweisen.<sup>35</sup>

Schon tags darauf richtet die Berliner Handels AG ein Schreiben an die Stadtverwaltung: „Wir hatten mit einer Prolongation dieser Anlage von 90 Tagen gerechnet, um die auch Herr Dr. Froeche sich bei Herrn Bürgermeister Heiland und Herrn Amtskämmerer Dr. Seyfert bemühen wollten. Damit wir durch die erforderliche Verwertung der Anlagewerte keinen Schaden erleiden, bitten wir um eine kurzfristige Verlängerung um 30 Tage – bzw. für so viel Tage innerhalb dieser 30 Tage, die wir zur Rückdeckung benötigen – und bitten, die vereinbarte Zinshöhe für die zusätzlich in Anspruch genommenen Tage pro rate temporis zu bewilligen. Die sonst üblichen Zinsen gehen Ihnen wie vereinbart zu.“<sup>36</sup>

Am 30. April gewährt der Kämmerer der Handels-Kredit AG einen Aufschub um 30 Tage.<sup>37</sup>

Am 6. Mai 1965 stirbt Rudolf-Ernst Heiland an den Folgen eines zweiten Herzinfarktes. Die Nachricht bewegt die ganze Bundesrepublik: Sohn eines Bergmannes (der es in Marl bis zum Gemeindevorsteher bringt)<sup>38</sup>, Hilfsmonteur beim Marler Elektrizitätswerk<sup>39</sup>, 1936 zweieinhalb Jahre Haft wegen „Hochverrats“<sup>40</sup>, nach dem Krieg Kaufmann<sup>41</sup> (Fischgeschäft), Bürgermeister, Mitglied des Parlamentarischen Rates, des Bundestages und des NRW-Landtages<sup>42</sup> – ein unvergleichlicher Aufstieg. Die politischen Verbindungen, die er auf Bundesebene hatte, nutzte er für seine Stadt Marl. Kaum jemand schaffte es, sich seinem Durchsetzungswillen entgegen zu stellen. Zu den Trauerfeierlichkeiten kommen auch Bundestagspräsident Prof. Carlo Schmid, der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Fritz Erler und Wohnungsbauminister Paul Lücke ins Rathaus<sup>43</sup>, 5000 Menschen schließen sich dem Trauerzug an<sup>44</sup>, 185 Kränze schmücken das Grab.<sup>45</sup>

Das Tagesgeschäft geht derweil weiter. Am 4. Juni geht der vereinbarte Verrechnungsscheck über 50.000 DM ein. Zwei Tage später vereinbaren der Kämmerer und Dr. Froeche eine erneute Verlängerung, der Scheck soll erst am 23. Juni zur Bank gegeben werden<sup>46</sup>. Einen Tag vor diesem Termin, am 22. Juni, kommt in der Amtskasse ein Eilbrief per Einschreiben von zwei Berliner Rechtsanwälten an: Der Scheck sei nicht gedeckt.<sup>47</sup> Der Kämmerer ist in Urlaub und so geht die Mitarbeiterin der Amtskasse am nächsten Tag zum Amtsdirektor Hans Oehler. Die Öffentlichkeit erfährt nichts.

Erst Mitte Juli geht Oehler an die Öffentlichkeit und verbreitet Optimismus. „Wir wollen retten, was zu retten ist. Denn der Mann hat sich bereit erklärt, die Summe aus seinem Privatvermögen zu decken.“<sup>48</sup> Wieder hat es Dr. Froeche geschafft, die Stadtspitze auf seine Seite zu ziehen. Erst Heiland, jetzt Oehler. Es gebe Fakten, die darauf hinweisen, dass Froeche sein Versprechen ernst meine, sagt Oehler. Um den Rettungsversuch nicht zu gefährden, sei die Öffentlichkeit nicht informiert worden, die Presse immerhin wird vertraulich unterrichtet und zum Schweigen verdonnert.<sup>49</sup>

Im Juni 1965 gerät die Handels-Kredit AG in völlige Vermögenslosigkeit.<sup>50</sup> Eine Aussicht, dass noch Forderungen realisiert werden können, besteht nun nicht mehr.

Am 26. Juli bildet der Rat einen Untersuchungsausschuss. Die Aufsichtsbehörden prüfen, ob gegen Bestimmungen verstoßen wurde.<sup>51</sup> In Übereinstimmung mit dem Oberkreisdirektor wird die Staatsanwaltschaft nicht eingeschaltet.<sup>52</sup> Das Gemeindeprüfungsamt will sich die Bücher der Berliner Firma ansehen. Der Kämmerer verweist auf den Rechnungsprüfungsausschuss: Rechnerisch sei alles richtig gewesen.<sup>53</sup>

Das Gemeindeprüfungsamt prüft, der Untersuchungsausschuss tagt. Am 3. August liegt das Prüfungsergebnis vor<sup>54</sup>, Dr. Seyfert soll dazu Stellung nehmen, gegen ihn wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft wird jetzt doch eingeschaltet.<sup>55</sup> Ein Grund für eine große öffentliche Auseinandersetzung? Die SPD stellt im Rat einen Antrag auf Schluss der Debatte, als es hektisch wird. „Im Interesse der Stadt“ sollten solche Dinge nicht öffentlich behandelt werden. Die CDU schäumt.<sup>56</sup>

Auf der Ratssitzung Anfang November 1965 gibt es kaum ein kritisches Wort über Rudi Heiland. Die CDU beklagt, dass die Verwaltung die Politik erst so spät informiert habe. Die SPD beklagt, dass sich der Kämmerer „auf Kosten des verstorbenen Bürgermeisters reinzuwaschen“ versuche. Und der CDU wird eine Mitschuld zugeschoben. Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Maria Jacobi (CDU) habe sich doch mit der Angelegenheit „einverstanden erklärt“, verkündet die SPD.<sup>57</sup> Die Juristen finden heraus: Heiland hatte die Anweisung gegeben und das Geschäft eingefädelt. Doch verantwortlich war er letztendlich nicht. Der Kämmerer hätte die Anweisung nicht ausführen dürfen. Er hätte sich dem Bürgermeister widersetzen müssen.

Praktisch unmöglich, war die allgemeine Meinung im Rathaus. Denn Heiland pflegte seine Ziele gegen Widerstände durchzusetzen. Sein „Regiment“ in Rat und Verwaltung hatte „deutlich autoritäre Züge“ schildern die Mitarbeiter. Die ihm durch sein Amt gesetzten Schranken wolle er nicht respektieren. Aufgaben des Rates und der Verwaltung zieht er in seine eigene Entscheidungsbefugnis. Wer ihm entgegentritt, wird nicht befördert. Aufträge vergibt er eigenmächtig, lästige Beamte werden zusammengestaucht. Eine häufige Aussage ist: „Ich bin Ratsvorsitzender, und die Anordnungen, die ich gebe, werden ausgeführt.“<sup>58</sup>

Als Rudi Heiland im Mai 1965 stirbt, steckt Marl bereits tief in der Finanzkrise, das stürmische Wachstum ist vorbei. Die Steuereinnahmen brechen um ein Viertel zusammen. Das Rathaus, zunächst mit 13 Millionen DM Baukosten veranschlagt, soll nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes nun insgesamt 40 Millionen kosten.<sup>59</sup> Im Herbst 1965 wird der Bau der letzten beiden Türme gestoppt. Die „Nachlassverwalter“ Stadtdirektor Oehler und Bürgermeister Dr. Immel müssen kurztreten. Es stellt sich heraus, dass so manches nicht optimal gelaufen ist. Die Qualität der neuen Volksschule in Drewer (heute „Scharounschule“) beispielsweise ist 1967 umstritten, die Kosten liegen dreimal so hoch wie bei einer normalen Volksschule. Von Katzenjammer ist in Marl die Rede.<sup>60</sup>

Und was ist mit dem Geld, das Marl nach Berlin übersandt hatte? Erst am 18. April 1967 wird das Konkursverfahren über die Handels-Kredit AG beim Amtsgericht in Friedberg (Hessen) eröffnet.<sup>61</sup>

Im März 1968 fordern CDU und FDP, die Stadt solle gegen „diejenigen Personen und ihre Rechtsnachfolger, die für die Überweisung der 1,5 Millionen DM an eine Berliner Fima verantwortlich sind“ zivilrechtlich vorgehen.<sup>62</sup> Die Stadt lässt ein Gutachten durch den Amtsbeigeordneten Dr. Reck anfertigen. Daraufhin erwägt der Regierungspräsident, Zahlungen aus der Wiedergutmachung an die Heiland-Erben zu sperren – obwohl das Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass gegen die Erben Heilands kein Anspruch bestehe.<sup>63</sup> Ein Strafverfahren gegen Dr. Froeche laufe bereits, informiert die Verwaltung am 28. März 1968 den Rat.<sup>64</sup> Ein Disziplinarverfahren gegen sich hatte Amtskämmerer Dr. Seyfert bereits am 29. Juli 1965 beantragt.<sup>65</sup>

Entgegen ihrem eigenen Gutachten schlägt die Verwaltung im Mai vor, gegen die Witwe und den Sohn Heilands Klage auf Zahlung von 1,5 Millionen DM nebst Zinsen zu erheben.<sup>66</sup> Vor dem Amtsgericht Essen ergeht 1969 ein Klage abweisendes Teilurteil, die Stadt geht im selben Jahr in Berufung<sup>67</sup>, zieht dann aber die Berufung zurück, weil ihr ein Prozessserfolg doch aussichtslos erscheint. Einen weiteren Prozess vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen verliert Marl im Juni 1971 und geht nicht in Berufung: Keine Chancen, denn die Erben des verstorbenen Bürgermeisters könnten für die Überweisung der 1,5 Millionen DM nach Berlin nicht haftbar gemacht werden. Der Streit ist beendet.<sup>68</sup>

Das Disziplinarverfahren gegen Kämmerer Dr. Seyfert, das er 1965 gegen sich selbst beantragt hatte, zieht sich hin. Er habe alles richtig gemacht, davon ist er fest überzeugt. Er habe nur die Anweisungen des Bürgermeisters befolgt.<sup>69</sup> Im August 1971, also sechs Jahre später, stellt die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Münster (man tagte im Marler Rathaus) beim Kämmerer „grobe Fahrlässigkeit“ fest und kürzt seine Pension für drei Jahre um 10 Prozent.<sup>70</sup> Für die Stadt Marl ist das unerfreulich, denn die Pension wird ohnehin bereits gepfändet, weil Seyfert den Schaden der Stadt wiedergutmachen muss. Vor dem Urteil gehen beispielsweise 981,98 DM im Mai und 1182 DM im Juni in die Stadtkasse, nach dem Urteil sind es weniger.<sup>71</sup> Seyfert geht in Berufung, Der Disziplinarsenat des Oberverwaltungsgerichts in Münster stellt fest, dass sich Seyfert „in mehrfacher

Hinsicht eines Dienstvergehens schuldig gemacht“, einen „bedeutsamen Schaden verursacht“ und „gegen Grundnormen einer geordneten Finanzverwaltung verstoßen“ habe.<sup>72</sup> Aber auch andere hätten Fehler gemacht: Das Rechnungsprüfungsamt hatte keine Bedenken erhoben. Der Rechnungsprüfungsausschuss hatte trotz Bedenken eine Entlastung für 1962 empfohlen, das Gemeindeprüfungsamt hatte die vorgeschriebene Kassenprüfung nicht vorgenommen.<sup>73</sup> Das Gericht änderte deshalb im Juni 1972 das Urteil: Kürzung der Pension nur um fünf Prozent und nur für sechs Monate.<sup>74</sup>

Im September 1974 denkt der Rat darüber nach, einen Schlussstrich unter die Affäre zu ziehen. Es gibt Marler, die regen an, man solle trotz allem das Bild Heilands im Rathaus wieder aufhängen.<sup>75</sup>

Im November 1974, fast zehn Jahre nach der Affäre, erklärt der Untersuchungsausschuss nach 34 Sitzungen seine Arbeit für beendet.<sup>76</sup> Die Klage gegen die Erben war erfolglos – weil die Überweisung nicht das Ergebnis eines Ratsbeschlusses war. Die Klage gegen die Handels-Kredit AG war erfolglos – weil das Unternehmen 1967 in Konkurs ging.<sup>77</sup><sup>78</sup> Der Prozess gegen die Witwe von Dr. Froeche (der alleiniges Vorstandsmitglied war) brachte kein Geld: Sie wurde zwar zur Zahlung von 750.000 DM verurteilt, hatte aber kein Vermögen (das Gericht fand bei der Stadt ein „erhebliches Mitverschulden am Verlust“).<sup>79</sup>

Bleibt noch Kämmerer Dr. Seyfert, der nach Ablauf seiner Dienstzeit im Mai 1967<sup>80</sup> in den Ruhestand tritt. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen des Verdachts der Untreue<sup>81</sup> stellt die Staatsanwaltschaft Essen im September 1966 mangels Beweises ein, nimmt die Ermittlungen wieder auf und stellt sie im Juli 1967 erneut ein<sup>82</sup>. Im Schadensersatz-Prozess wegen eines Teilschadens von 20.000 DM (die streitenden Parteien wollten Prozesskosten sparen) verurteilt das Verwaltungsgericht Stuttgart den Ex-Kämmerer im November 1970 zu einer Schadensersatzleistung<sup>83</sup>. Diese 20.000 DM waren bis zum 12. März 1973 bezahlt worden.<sup>84</sup> Es ist das einzige Geld, das als Widergutmachung zurück an die Stadt Marl geflossen ist.

Vieles in Marl ist mit dem Namen Rudi Heiland verbunden. Wie das zustande kam, welchen Einfluss er benommen hat, das ist in Vergessenheit geraten. Auch der Finanzskandal ist nur noch als große Zahl bekannt. Er sei nie vollständig aufgeklärt worden, meinen viele Marler, aber der Bürgermeister sei schuldig gewesen.

## Quellen

---

<sup>1</sup> Aus dem Telegramm des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Walter Arendt, an Paula Heiland, in: Marler Zeitung vom 07.05. 1965 „Die Bergarbeiter verloren einen Freund“

<sup>2</sup> WAZ vom 07.05.1965 „Bürger werten Rudolf Heilands Tod als Schicksalsstunde für die Stadt“

<sup>3</sup> Marler Zeitung vom 07.05.1965 „Trauer um Bürgermeister Rudolf Heiland“

<sup>4</sup> Union in Deutschland, Informationsdienst 19.08.1965, S. 4 „Um das Bild an der Wand“

<sup>5</sup> Stefan Kleineschulte: Das Rathaus in Marl, Dissertation 2003, S. 76. Auf der Ratssitzung des Amtes Marl am 16.07.1965 schließt sich die SPD dem Antrag der CDU an, den Beschluss über den Baubeginn aufzuheben und über die Errichtung später zu befinden. Das Rathaus wurde nicht weitergebaut.

<sup>6</sup> Sitzungsvorlage 1429 vom 14.05.1958 für den Rat der Stadt Marl, S. 1

<sup>7</sup> Westfälische Rundschau vom 06.07.1965 „Aus der Kasse der Stadt Marl fehlen ungedeckt 1,55 Mill. DM“

<sup>8</sup> Der Spiegel 1965 Nr. 32, 02.08.1965, S. 28 „Zinsen aus Berlin“

Häufig (wie auch im Spiegel-Bericht) wird der Betrag von 1,55 Millionen DM genannt. Dr. Seyfert hatte über die 1,5 Millionen hinaus noch am 27. Oktober 1964 weitere 50.000 DM Festgeld zu 6 ¼ Prozent Zinsen bis zum 30. April 1965 bei der Handels-Kredit AG in Berlin angelegt. Die Schuld aus dieser Festgeldanlage ist durch Verwertung einer von der Handels-Kredit AG abgetretenen Grundschuld erloschen.

<sup>9</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 17

<sup>10</sup> Stellungnahme der Verwaltung zum Prüferbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 31.03.1964

<sup>11</sup> Der Spiegel 1965 Nr. 32, 02.08.1965, S. 28 „Zinsen aus Berlin“

<sup>12</sup> Das Filmvorführer-Forum, [www.filmvorfuehrer.de](http://www.filmvorfuehrer.de)

- 
- <sup>13</sup> Film-Echo, Filmwoche, Fachzeitschrift der Filmwirtschaft in Deutschland, Wiesbaden 1965
- <sup>14</sup> Der Spiegel 1965 Nr. 32, 02.08.1965, S. 28 „Zinsen aus Berlin“
- <sup>15</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 7
- <sup>16</sup> Aussage des Wirtschaftsprüfers Zellmann, Voruntersuchungssache gegen Dr. Froechte, Landgericht Essen VU 3/67
- <sup>17</sup> Der Spiegel 1965 Nr. 32, 02.08.1965, Seite 28 „Zinsen aus Berlin“
- <sup>18</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 8
- <sup>19</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 9f
- <sup>20</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 16
- <sup>21</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 28
- <sup>22</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 19
- <sup>23</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 9
- <sup>24</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 9
- <sup>25</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 9
- <sup>26</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 9
- <sup>27</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 19
- <sup>28</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 10
- <sup>29</sup> Protokoll der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 13.4.1964
- <sup>30</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 12
- <sup>31</sup> WAZ vom 07.05.1965
- <sup>32</sup> [www.kk-recklinghausen.de/Inhalt/Kliniken\\_Zentren/Zentren/Arbeitsmedizinisches\\_Institut/index.php?showNavLayer](http://www.kk-recklinghausen.de/Inhalt/Kliniken_Zentren/Zentren/Arbeitsmedizinisches_Institut/index.php?showNavLayer)
- <sup>33</sup> WAZ vom 07.05.1965
- <sup>34</sup> Freie Presse – Mühlheimer Stadtmagazin 1987 Nr. 3, S. 5 „Der Heiland des Ruhrgebiets“
- <sup>35</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 13
- <sup>36</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 13
- <sup>37</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 13
- <sup>38</sup> Information der Stadtverwaltung zum Todes Heilands, 7.5. 1965
- <sup>39</sup> Lebenslauf, geschrieben von Rudolf Heiland anlässlich seiner Inhaftierung am 24.2.1936
- <sup>40</sup> Urteil des OLG Hamm vom 24.07.1936 (gegen insgesamt 24 Angeklagte), 6 O.Js. 24/36, wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten
- <sup>41</sup> Handbuch des Deutschen Bundestage 1949-1999
- <sup>42</sup> Festschrift 75 Jahre SPD Marl 1987, S. 47
- <sup>43</sup> Marler Zeitung vom 11.05.1965, „Bürgerschaft nimmt Abschied von Rudolf Heiland“
- <sup>44</sup> WAZ vom 12.05.1965 „5000 Menschen ...“
- <sup>45</sup> Freie Presse – Mühlheimer Stadtmagazin, Herbst 1987 (11. Jahrg. Nr. 3/87), S.5 „Der Heiland des Ruhrgebiets“
- <sup>46</sup> Handschriftlicher Vermerk auf dem Schreiben der Handels-Kredit AG vom 04.06.1965: „Scheck erst am 23. Juni 1965 zur Bank geben aufgrund eines Gesprächs mit Dr. Froechte am 1.1.1965, gez. Seyfert“, Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 13
- <sup>47</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 14
- <sup>48</sup> Westfälische Rundschau vom 16.07.1965 „Aus der Kasse der Stadt Marl fehlen ungedeckte 1,55 Mill. DM“
- <sup>49</sup> Marler Zeitung vom 20.07.1965 „Untersuchungsausschuß gestern gebildet/Rat der Stadt debattierte öffentlich“
- <sup>50</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 8
- <sup>51</sup> Protokoll 24. Sitzung des Rates, 27.03.1968
- <sup>52</sup> MZ vom 20.07.1975 „Untersuchungsausschuß gestern gebildet / Rat der Stadt debattierte öffentlich“
- <sup>53</sup> MZ vom 20.07.1965 „Untersuchungsausschuß gestern gebildet / Rat der Stadt debattierte öffentlich“
- <sup>54</sup> MZ vom 9.11.1965 „Debatte des Rates dauerte rund 90 Minuten“
- <sup>55</sup> MZ vom 11.09.1965 „Berlin-Debatte von der SPD abgebrochen“
- <sup>56</sup> Protokoll der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Marl vom 13.04.1964
- <sup>57</sup> Protokoll der 10. Ratssitzung vom 08.11.1965
- <sup>58</sup> Feststellung der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Münster in den Hauptverhandlungen am 27.07. und 02.08.1971
- <sup>59</sup> Bund der Steuerzahler, Nachrichten für NRW, Juni 1964, S. III
- <sup>60</sup> Die Zeit Nr. 9, S. 14, 03.03.1967 „Marler Bürgerstreik“
- <sup>61</sup> MZ vom 13.10.1967 „Sind die in Berlin angelegten 1,5 Mill. endgültig verloren?“
- <sup>62</sup> Ruhr-Nachrichten vom 13.03.1968 „Zivilklage um Marler Million“

- 
- <sup>63</sup> Sitzungsvorlage 1429 vom 14.05.1958 für den Rat, S. 2
- <sup>64</sup> Marler Zeitung vom 29.03.1968 „Bürgermeister: Heiland-Affäre wird nicht ‚im Sande verlaufen‘“
- <sup>65</sup> Sitzungsvorlage 1429 vom 14.05.1968 für den Rat, S. 1
- <sup>66</sup> Ergänzung zur Sitzungsvorlage 1429 vom 14.05.1968
- <sup>67</sup> Marler Zeitung vom 01.03.1969 „Berufung gegen Erben Heiland“
- <sup>68</sup> Marler Zeitung vom 07.09.1971 „Keine Berufung im Prozess gegen die Erben Heilands“
- <sup>69</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 16
- <sup>70</sup> WAZ vom 03.08.1971 „Pension des früheren Amtskämmerers wird für 3 Jahre um 10 Prozent gekürzt“
- <sup>71</sup> WAZ vom 03.08.1971 „Pension des früheren Amtskämmerers wird für 3 Jahre um 10 Prozent gekürzt“
- <sup>72</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 24
- <sup>73</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 31
- <sup>74</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 34
- <sup>75</sup> WAZ vom 14.11.1974 „Marl aktuell“
- <sup>76</sup> MZ vom 14.11.1974 „Unter die ‚Heiland-Affäre‘ soll heute der Schlußstrich gezogen werden“
- <sup>77</sup> Landgericht Essen, Voruntersuchungssache VU 3/67
- <sup>78</sup> Sitzungsvorlage 1429 vom 14.05.1968 für den Rat, S. 1
- <sup>79</sup> MZ vom 14.11.1974 „Unter die ‚Heiland-Affäre‘ soll heute der Schlußstrich gezogen werden“
- <sup>80</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 2
- <sup>81</sup> Staatsanwaltschaft beim Landgericht Essen Az. 24 Js 1144/66
- <sup>82</sup> Urteil Disziplinarverfahren OVG Münster 27.06.1972, S. 3
- <sup>83</sup> Urteil der 4. Kammer des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 12. November 1970 – VRS IV 204/68 - Schadensersatzleistung an das Amt Marl
- <sup>84</sup> MZ vom 14.11.1974 „Unter die ‚Heiland-Affäre‘ soll heute der Schlußstrich gezogen werden“